

Die Revolution 1848/49 in Rheinhessen

Wieso kam es zur Revolution?

Die Revolution von 1848/49 war keineswegs nur ein deutsches Phänomen. Auch kann sie nicht als isoliertes Ereignis betrachtet werden. Sie war der Ausdruck eines gesamteuropäischen Wandlungsprozesses, dessen Auswirkungen überall in Europa zu spüren waren. Zusätzlich zu den bürgerlich-demokratischen und liberalen Forderungen sowie der Überwindung der restaurativen Politik seit dem Wiener Kongress (1814/15), wurde die Revolution in den deutschsprachigen Gebieten auch von dem Wunsch nach einer nationalen Einigung angetrieben.

Der deutsche Südwesten spielte bei der Revolution eine besondere Rolle – dazu zählt insbesondere das Gebiet rund um Rheinhessen. Grund dafür war die ereignisreiche Vergangenheit dieser Region und die engen Verbindungen nach Frankreich. Während der französischen Besatzung kam die Bevölkerung der linksrheinischen Gebiete mit einem politischen System in Berührung, das sich gänzlich von der absolutistisch und monarchisch geprägten Herrschaft in den deutschen Fürstentümern unterschied. Die Werte der Französischen Revolution – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – und damit auch ein völlig neues Verständnis für die Menschen- und Bürgerechte, eine bürgerliche Gesetzgebung, Freiheiten in Bereichen wie der Presse, des Gewerbes oder die Abschaffung des Feudalsystems hielten in den linksrheinischen Städten und Dörfern bereits Ende des 18. Jahrhunderts mit den Franzosen Einzug.

[Anm. 1]

Die restaurative Politik der deutschen Fürsten nach dem Untergang des napoleonischen Empire konnte diese gesellschaftspolitischen Entwicklungen nicht mehr rückgängig machen. [Anm. 2]

Als Ende Februar 1848 in Paris der französische König Louis Philippe gestürzt und die Republik Frankreich ausgerufen wurde, besaß dies eine Signalwirkung für ganz Europa.

Der Revolutionsverlauf in Rheinhessen

In den Jahren 1845 bis 1847 kam es in Rheinhessen aufgrund von Ernteaufschlägen und außergewöhnlich harten Wintern zu einer allgemeinen Teuerungskrise. Im Sommer 1846 fanden in Mainz die sogenannten „Brotunruhen“ statt. Parallel dazu, führte die Politik der großherzoglichen Regierung in Darmstadt zu politischen Auseinandersetzungen, die in Rheinhessen als Angriff auf die aus französischer Zeit erhaltenen „Rheinischen Institutionen“ gesehen wurden. [Anm. 3]

Versammlungsverboten und Hausdurchsuchungen zum Trotz, fanden überall in Rheinhessen politische Versammlungen der Oppositionellen statt. Am 28. Februar 1848 traf sich der hessische Landtag. Die rheinhessischen Abgeordneten erregten mit einem Antrag, in dem sie forderten, dass „die Sorge für den Schutz der äußeren und inneren Sicherheit Deutschlands“ sowie die Gesetzgebung und das Steuerwesen künftig in die „Hand des Kabinettes“ gelegt werden sollen, großes Aufsehen. [Anm. 4]

Bereits einige Tage zuvor war am 22. Februar in Paris die Februarrevolution ausgebrochen. Die Berichte über die dortigen Ereignisse erreichten nun auch Mainz. Ebenfalls am 28. Februar fand nach Einladung des Abgeordneten Franz Zitz (1803-1877) in einer Mainzer Gaststätte eine Versammlung statt, die eine Adresse mit Forderungen ausarbeitete, die besagte, dass „Rheinhessens Bürger verlangen Alles, was ihnen die Verfassungsurkunde zugesteht, und was zum Schutz ihrer Freiheit und ihrer Rechte dienen kann.“ Dazu gehörten Pressefreiheit, Volksbewaffnung, Versammlungsrecht, Gleichstellung und vieles mehr. [Anm. 5] Offen verlangten die Bürger die Anerkennung dieser Forderungen und banden diese Anerkennung an die Treue gegenüber ihrem Regenten – andernfalls könnten sie nicht versprechen, dass sich das Volk, wie auch in Frankreich geschehen, mit „bewaffnetem Arm“ Gehör verschaffen würde.

[Anm. 6]

Am 1. März übergaben Wormser Bürger ihrem Abgeordneten Lehne einen Katalog mit Forderungen und eine Volksversammlung in Neustadt stellte am 4. März eine Liste mit Forderungen der Pfälzer auf, die im bayerischen Landtag eingebracht werden sollte. Am 6. März richtete eine Volksversammlung in Koblenz ihre Forderungen an den preußischen König; die Stadt Trier folgte mit einer ähnlich lautenden Petition am 8. März. Ähnliche Adressen wurden in vielen rheinland-pfälzischen Städten und Gemeinden formuliert, die sich jedoch lokal in ihren Inhalten leicht unterschieden. Dabei standen jedoch überall die Meinungs-, Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, die Forderung nach Volksbewaffnung und nach einem deutschen Parlament an erster Stelle: die sogenannten Märzforderungen. [Anm. 7]

Die aufgeschreckten Monarchen reagierten umgehend mit Zugeständnissen. Der Herzog von Nassau bewilligte am 4. März alle Forderungen. Der bayerische König Ludwig I. verzichtete wegen des Skandals um seine Geliebte, Lola Montez, am 20. März zugunsten seines Sohnes Maximilian II. auf den Thron. Unter dem Eindruck der Straßenkämpfe in Berlin ernannte König Friedrich Wilhelm IV. am 21. März 1848 einen Vertreter des gemäßigten rheinischen Liberalismus, Ludolf Camphausen, zum Ministerpräsidenten und berief eine preußische Nationalversammlung ein. In Wien trat Metternich zurück. Der Frankfurter Bundestag hob die Zensurmaßnahmen auf. [Anm. 8]

Am 4. März machte auch der Großherzog von Hessen-Darmstadt, Ludwig II., einige Zugeständnisse an die Bürger. Diese gingen vielen jedoch nicht weit genug, es folgten hitzige Debatten im Landtag und Aufrufe zu einem „Marsch auf Darmstadt. Am 5. März machte Ludwig II. seinen Sohn Ludwig III. zum Mitregenten, wobei dieser den Liberalen Heinrich von Gagern als neuen leitenden Minister einsetzte und die Bewilligung der Märzforderungen versprach. Die Liberalen feierten ihren Sieg daraufhin überall in Rheinhessen mit Freudenfeuern und großen Festveranstaltungen. [Anm. 9]

Doch die Freude in Rheinhessen währte nicht lange. In Mainz hatte es bereits seit einigen Wochen zunehmend Spannungen zwischen den in der Festung stationierten preußischen Soldaten und der Stadtbevölkerung gegeben. Teile der Bevölkerung radikalisierten sich; Hintergrund waren die verkehrstechnischen und industriellen Neuerungen, die die soziale Not der Handwerker und Gewerbetreibenden zunehmend steigerten. Diese sahen etwa im Transit von Frachtgütern durch das

hessische Gebiet per Eisenbahn (Mainz wurde erst im Jahr 1853 an das Eisenbahnnetz angeschlossen) sowie der Umschiffung von Mainz durch Güterschiffe (Wegfall des Stapelrechts) ihre Existenz bedroht. Im April griffen Schiffer in Mainz und Bingen vorbeifahrend Dampfschiffe an, Hafendarbeiter und Kutscher zerstörten in Kastel Teile der Bahnhofsanlagen und im Worms blockierten Kutscher die Thurn und Taxische Post nach Alzey. In der Bevölkerung und auch in der Bürgerwehr sympathisierten viele mit diesen sogenannten „Modernisierungsverlierern“. [Anm. 10]

Die Stadt Mainz kam noch bis Mitte September nicht zur Ruhe. Nach den Ereignissen im April folgten im Mai offene Straßenkämpfe zwischen der Mainzer Bürgerwehr und den in der Stadt stationierten preußischen Soldaten. Am 21. Mai kam es zu einem Schusswechsel in der Nähe des Theaters und in der Ludwigstraße. Letztendlich gab es vier Tote und 25 Verletzte auf Seiten der Preußen sowie fünf verletzte Mainzer Bürger. Bürgermeister Nack rief die Bürger daraufhin zur Abgabe der Waffen auf, trotzdem fanden am 23. Mai wieder Streitigkeiten mit dem preußischen Militär statt. Die Preußen besetzten die wichtigsten Plätze und es wurde ein Ausgehverbot verhängt. [Anm. 11] Unter Androhung einer Bombardierung wurde die Bürgerwehr schließlich zur Abgabe ihrer Waffen gezwungen. Trotz entsprechender Eingaben an das Paulskirchenparlament durch den Mainzer Abgeordneten Zitz, die preußischen Truppen auszutauschen, entschied sich das Parlament gegen ein Eingreifen in Mainz. [Anm. 12]

Im Laufe des Aprils verschärfte sich die Situation zunehmend auch innerhalb des oppositionellen Lagers. Viele der versprochenen Zugeständnisse der Regierung wurden nur sehr zögerlich oder überhaupt nicht umgesetzt. Die Opposition spaltete sich in ein liberales, das nach wie vor an eine konstitutionelle Monarchie glaubte, und ein demokratisches Lager, das sich mehr und mehr radikalisierte. Weitere politische Vereine formierten sich, die in ihrer programmatischen Ausrichtung als Vorläufer der späteren Parteien erkennbar sind. So gründete sich in Mainz Mitte März 1848 zunächst der katholische Pius-Verein, der sich für religiöse Freiheit einsetzte. Es folgten in den Wochen danach die Konstituierung des Arbeiterbildungsvereins und des Demokratischen Vereins, der für eine „soziale Republik“ eintrat. Im Juli konstituierte sich der konservative Bürgerverein, der eine konstitutionelle Monarchie befürwortete. [Anm. 13]

Von der Revolution in die nationale Einheit? Die Nationalversammlung in der Paulskirche in Frankfurt



Zeitgenössische Lithografie
der Nationalversammlung

in der Paulskirche von Leo
von Elliott

Einer der bedeutendsten Aspekte der Märzforderungen war der Wunsch nach der Einberufung eines deutschen Nationalparlaments. Mit der Einsetzung gewählter Vertreter sollte das erreicht werden, was die restaurative Politik nach dem Wiener Kongress verhindert hatte: die Umgestaltung des Deutschen Bundes und die Verwirklichung der nationalstaatlichen Einheit Deutschlands. Mit der Konstituierung eines parlamentarischen Verfassungsstaates konnten auch die bislang erreichten liberalen Neuerungen in den Einzelstaaten gesichert werden. [Anm. 14]

Auf Vorschlag einer spontanen Zusammenkunft von 51 südwestdeutschen Liberalen am 5. März 1848 in Heidelberg wurden Vertreter aller deutschen Staaten zu einem Vorparlament nach Frankfurt am Main eingeladen. Dieses trat am 31. März 1848 zusammen und setzte einen *Fünfziger-Ausschuss* zur Vorbereitung der Wahlen für eine Nationalversammlung ein.

Von Ende April bis Anfang Mai 1848 fanden in allem deutschen Ländern allgemeine, freie, gleiche, geheime und indirekte Wahlen zur Nationalversammlung statt. Am 18. Mai 1848 trat die Nationalversammlung in Frankfurt erstmals zusammen und begann mit den Beratungen für eine Reichsverfassung. Es gab noch keine Parteien im heutigen Sinn, doch Abgeordnete gleicher Überzeugung schlossen sich zu Fraktionen zusammen. Diese benannten sich meist nach ihren jeweiligen Versammlungsorten bzw. Tagungsstätten: *Casino*, *Deutscher Hof*, *Württembergischer Hof*, *Pariser Hof* usw. Die äußerste Linke traf sich im *Donnersberg*. Aus den Gebieten, die zum heutigen Rheinland-Pfalz gehören, schickten 26 Wahlbezirke ihre Vertreter ins Frankfurter Parlament: neun Abgeordnete kamen aus der Provinz Rheinland, zehn aus der Pfalz, drei aus Rheinhessen, drei aus dem Herzogtum Nassau und einer aus Birkenfeld (damals Großherzogtum Oldenburg). [Anm. 15]

Die drei rheinhessischen Abgeordneten repräsentierten die Wahlkreise Mainz, Bingen und Worms. In Mainz konnte Franz Zitz (1803-1877) eindeutig die Wahl für sich entscheiden. In Bingen wurde Josef Brunck (1787-1848) gewählt, der nach seinem Tod im Oktober 1848 von Friedrich Jacob Schütz (1813-1877) abgelöst wurde. Worms entsendete den Abgeordneten Martin Mohr (1788-1865). Alle rheinhessischen Abgeordneten gehörten der Donnersberg-Fraktion an.

Am 20. Dezember 1848 wurde der Grundrechtskatalog der Reichsverfassung verabschiedet. Darin waren bereits fast alle Freiheitsgarantien festgeschrieben, die heute den unveränderlichen Teil unseres Grundgesetzes bilden.

Lange diskutierte man in Frankfurt, welche Gebiete zu einem deutschen Nationalstaat gehören sollten und auch über die Frage der zukünftigen Zentralgewalt gab es große Meinungsunterschiede. Eine Mehrheit entschied sich schließlich für eine konstitutionelle Monarchie mit einem Erbkaisertum. Am 28. März 1849 konnte die Reichsverfassung verabschiedet werden. Sie trat am 18. Mai in Kraft.

Das Scheitern der Revolution und der Paulskirchenversammlung



Die Auflösung des Rumpfparlaments in Stuttgart durch württembergische Truppen nach einer Buchillustration von 1893.

Inzwischen hatte sich jedoch die Gegenrevolution formiert. Als der preußische König Friedrich Wilhelm IV. am 3. April 1849 die ihm von der Frankfurter Nationalversammlung angetragene Kaiserwürde abwies und er auch die Reichsverfassung ablehnte, bedeutete dies das Scheitern des Frankfurter Parlaments. Hinzu kamen wachsende Differenzen unter den revolutionären Kräften, die sich zunehmend auch in Form von radikalen Erhebungen Luft machten (z.B. in Frankfurt und Berlin). Doch das Paulskirchenparlament gab sich noch nicht endgültig geschlagen. Am 4. Mai rief es alle deutschen Parlamente und das deutsche Volk dazu auf, sich für eine Annahme der Reichsverfassung einzusetzen. Preußen, Österreich und andere Staaten beriefen daraufhin ihre Abgeordneten aus der Nationalversammlung zurück, die zurückgebliebenen Abgeordneten bildeten nun das sogenannte Rumpfparlament. [Anm. 16]

Dieses Rumpfparlament, das seinen Sitz nach Stuttgart verlegte, fasste den Beschluss, die Annahme der rechtsgültig verabschiedeten Reichsverfassung zu erzwingen. Als das Stuttgarter Rumpfparlament jedoch Versuche unternahm, sich in die württembergische Landespolitik einzumischen, kam es zum endgültigen Bruch. Unter massivem Druck aus dem In- und Ausland löste sich das Parlament auf. Die wenigen Abgeordneten, die sich dieser Auflösung nicht beugen wollten, wurden am 18. Juni 1849 durch Infanterie-Truppen am Betreten des Parlamentsgebäudes gehindert und gewaltsam vertrieben. [Anm. 17]

Der letzte Kampf für die Reichsverfassung: die Reichsverfassungskampagne

Das Scheitern der Paulskirchenversammlung zog einen weitreichenden Radikalisierungsprozess unter den liberalen und demokratischen Kräften nach sich. In zahlreichen rheinhessischen Orten wurden Versammlungen abgehalten und Bürgerwehren gegründet. In der Pfalz beschlossen Volksversammlungen die Loslösung von Bayern, da die bayerische Staatsregierung sich weigerte, die Verfassung anzuerkennen. Im Mai 1849 kam es zur Bildung einer provisorischen Regierung und eines Volksheeres: die Reichsverfassungskampagne begann. Auch in Baden kam es zu einer Erhebung zugunsten der Verfassung.

Als der pfälzische Landesverteidigungsausschuss um Unterstützung gegen die bayerischen Truppen bat,

folgten diesem Aufruf auch rheinhessische Freischärler. Unter anderem führte Franz Zitz ein Heer von ca. 1.100 Männern in die Pfalz. Es kam zu Kämpfen bei Ludwigshafen, Wörrstadt und Kirchheimbolanden. Ab Juni gewannen die bayerischen und preußischen Truppen gegenüber den Revolutionären die Oberhand und beendeten diese letzte Phase der Revolution. [Anm. 18]



Gefecht bei
Kirchheimbolanden am 14.
Juni 1849, von Wilhelm
Blos (1893)

Die Auswirkungen

Viele Freischärler flohen ins Ausland oder wurden gefangen genommen. Die provisorische pfälzische Regierung, die sich nach Konstanz geflüchtet hatte, ging in die Schweiz, begleitet von etwa 2.500 Mann des pfälzisch-badischen Heeres. [Anm. 19]

1850 wurden 143 Rheinhessen in einem Hochverratsprozess in Mainz für die Teilnahme an den Kämpfen vor Gericht gestellt. Zur Verhandlung kam es jedoch nur in 40 Fällen, die übrigen Verfahren wurden eingestellt.

Im Laufe des Jahres 1850 wurde in allen deutschen Staaten ein Großteil der Freiheitsrechte, die man in der Revolution errungen hatte, wieder aufgehoben: So wurden im Großherzogtum Hessen am 2. Oktober 1850 politische Vereine verboten; am 4. Oktober 1850 wurden Presse- und Versammlungsfreiheit durch Gesetz eingeschränkt. Für „Preßvergehen“, für Angriffe auf die Staatsbehörden durch Schmähungen und Spott in Druckerzeugnissen, drohten empfindliche Strafen. Den Geschworenengerichten, die einen Großteil der Angeklagten freigesprochen hatten, wurde die Zuständigkeit für politische Vergehen durch eine Verordnung vom 22. März 1852 entzogen. Auch die Rechte der Landtage wurden überall beschnitten, und das in den landesständischen Verfassungen gewährte, meist an Besitz gebundene Wahlrecht schränkte die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger stark ein. [Anm. 20]

Auch wenn die Revolution 1848/49 mit ihren Zielen scheiterte – die gesellschaftspolitischen Entwicklungen konnten nicht mehr aufgehalten werden. Innerhalb weniger Jahre erholte sich die Opposition und bereits Ende der 1850er Jahre wurden in den Landtagen bereits wieder Rufe nach einer Bundesreform laut. Es sollte noch bis zum Jahr 1871 dauern, ehe es unter preußischer Führung zur Gründung eines konstitutionellen, kleindeutschen Nationalstaates kam. [Anm. 21]

Verfasser: Sarah Traub

Erstellt am: 30.09.2016

Literatur:

- Brodhaecker, Michael: Der 21. Mai 1848 in Mainz. Dokumentation der politischen und sozialen Unruhen in der Bundesfestung anhand der Quellen. In: Mainzer Geschichtsblätter 11 (1999). Veröffentlichungen des Vereins für Sozialgeschichte Mainz e.V. Mainz 1999. S.20-37.
- Mahlerwein, Gunter: Rheinhessen 1816-2016. Die Landschaft, die Menschen und die Vorgeschichte der Region seit dem 17. Jahrhundert. Mainz 2015.
- Müller, Frank Lorenz: Die Revolution von 1848/49. Darmstadt 2012.
- Wollstein, Günter: Europa unter Modernisierungsdruck. In: Informationen zu politischer Bildung 295: Revolution von 1848/49. Hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2006. S.4-14.
- Wollstein, Günter: Scheitern eines Traumes. In: Informationen zu politischer Bildung 295: Revolution von 1848/49. Hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2006. S.55-65.
- URL: <http://www.demokratiegeschichte.eu/index.php?id=97>. [Aufruf am 25.08.2016].
- URL: <http://www.demokratiegeschichte.eu/index.php?id=98>. [Aufruf am 25.08.2016].
- URL: <http://www.demokratiegeschichte.eu/index.php?id=105>. [Aufruf am 25.08.2016].
- URL: <http://www.demokratiegeschichte.eu/index.php?id=110>. [Aufruf am 25.08.2016].
- URL: <http://www.demokratiegeschichte.eu/index.php?id=116>. [Aufruf am 25.08.2016].

Anmerkungen:

1. Für diese Neuerungen entstand der zeitgenössische Begriff der „Rheinischen Institutionen“. Dazu zählten u.a. die Vereinheitlichung der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, die Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerichtsverhandlungen, die Einführung des Code Napoléons, die Gleichheit des Einzelnen vor dem Gesetz, Religionsfreiheit, Pressefreiheit, Gewerbefreiheit und der Befreiung der Bauern von Zehnten und Abgaben. Die linksrheinischen Gebiete waren somit politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich moderner als die Staaten, denen sie nach dem Untergang des Napoleonischen Reiches angeschlossen worden waren.
2. Wollstein, 2006, S.5. Mehr dazu siehe auch: Müller, 2012, S.1-19.
3. Mahlerwein, 2015, S.226f.
4. Mahlerwein, 2015, S.228.
5. Mahlerwein, 2015, S.228f.
6. Mahlerwein, 2015, S.229.
7. URL: <http://www.demokratiegeschichte.eu/index.php?id=97>. [Aufruf am 25.08.2016].
8. URL: <http://www.demokratiegeschichte.eu/index.php?id=98>. [Aufruf am 25.08.2016].
9. Mahlerwein, 2015, S.230.
10. Mahlerwein, 2015, S.230f.
11. Eine ausführliche Beschreibung der Ereignisse in Mainz ist zu finden bei Brodhaecker, 1999, S.20-37.
12. Mahlerwein, 2015, S.233.
13. Mahlerwein, 2015, S.230ff.
14. Müller, 2012, S.52f.
15. URL: <http://www.demokratiegeschichte.eu/index.php?id=105>. [Aufruf am 25.08.2016].
16. Wollstein, 2006, S.55-65. S.55ff.
17. Müller, 2012, S.133.
18. Mahlerwein, 2015, S.235f.

19. URL: <http://www.demokratiegeschichte.eu/index.php?id=110>. [Aufruf am 25.08.2016].
20. URL: <http://www.demokratiegeschichte.eu/index.php?id=116>. [Aufruf am 25.08.2016].
21. Müller, Die Revolution von 1848/49. S.143.